

Rede von Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz anlässlich des Neujahrsempfangs 2019

Es gilt das gesprochene Wort!

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete des Bundestags und des Landtags, sehr geehrte Frau Dr. Schwarzer, liebe Bürgerinnen und Bürger Mannheims und der Metropolregion, liebe Gäste, ich begrüße Sie alle sehr herzlich zu unserem Neujahrsempfang 2019.

Ich heiße Sie alle willkommen auch im Namen des Gemeinderats, der hier anwesenden Fraktionsvorsitzenden beziehungsweise Stellvertretern Ralf Eisenhauer, Claudius Kranz, Dirk Grunert und Holger Schmid, sowie im Namen der Kolleginnen und Kollegen Christian Specht, Dr. Ulrike Freundlieb, Michael Grötsch, Felicitas Kubala und Lothar Quast und im Namen meines Amtsvorgängers und unseres Ehrenbürgers Gerhard Widder.

Ich begrüße unseren Ehrenbürger Manfred Fuchs ebenso herzlich und verweise wie immer auf unsere ausgelegte Begrüßungsliste. Ich danke allen unseren zahlreichen Ehrengästen herzlich für Ihr Kommen und ihre Verbundenheit mit unserer Stadt.

Sehr herzlich begrüße ich unsere Gastrednerin – die Direktorin der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik – Dr. Daniela Schwarzer. Daniela Schwarzer ist Expertin für deutsche und europäische Außenpolitik, für die europäischen Institutionen und die transatlantischen Beziehungen. Sie ist damit in besonderer Weise in der Lage das einzuordnen, was uns als Bürgerinnen und Bürger Mannheims, Deutschlands und Europas und als Bewohner der Welt aktuell bewegt. Was die Welt bewegt, bewegt auch uns: Nicht nur die vielen international verflochtenen Mannheimer Unternehmen und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die von US-Handelspolitik, Iran-Sanktionen und Brexit direkt berührt sind, auch unser Zusammenleben ist schnell betroffen. Wenn der US-Präsident twittert, dass die US-Truppen

Syrien verlassen werden, brauchen wir unsere lokalen Netzwerke, damit die militärische Eskalation zwischen der Türkei und den kurdischen Einheiten und die dadurch ausgelösten Emotionen das Miteinander in unserer Stadt nicht gefährden. Und nicht zuletzt ist in diesem für die Zukunft Europas so entscheidenden Jahr – das gilt für die nächsten Tage und Wochen mit Blick auf Großbritannien wie für die Europawahl am 26. Mai – ein vertiefter Blick auf die internationalen Entwicklungen geradezu zwingend. Frau Dr. Schwarzer, wir freuen uns auf Ihre Rede!

Meine Damen und Herren,

Ihnen allen wünsche ich – auch im Namen meiner Frau – ein gutes neues Jahr 2019, vor allem Gesundheit und persönliches Glück.

Uns allen wünsche ich, dass Gelassenheit und Demut wenigstens in den Demokratien der Welt mehrheitsfähig sind und demokratische Regierungen und Parlamente den Turbulenzen begegnen, anstatt sie selbst zu verstärken.

Unseren Nahbereich können wir selbst gestalten, wir alle tragen dazu bei, ob und wie wir zum Beispiel Nachbarschaft erfahren. Die spezifische Atmosphäre einer Stadt prägen wir. Sie wird entscheidend von den Menschen bestimmt, die sich positiv engagieren und von der Frage, wie viele Menschen sich als Teil einer Stadtgemeinschaft sehen, ob für alle eine Einladung besteht, sich zugehörig fühlen zu können.

Dieser Neujahrsempfang steht für diese beiden Aspekte. Es ist eine Begegnung und Präsentation der Engagierten und eine Einladung an alle. Gerne möchte ich mich deshalb bei all denen herzlich bedanken, die mitwirken, die diesen großen Empfang und in so vielfältiger Weise unsere Stadt gestalten. Stellvertretend werden wir im Anschluss einige der aktiven Menschen in unserer Stadt – wie dies eine gute Tradition geworden ist – hier auf der Bühne ehren.

Die gemeinsame Gestaltung der Stadt und der globale Bezug unseres Handelns verbindet sich auf dem heutigen Neujahrsempfang in besonderer Weise: Im letzten Jahr haben wir den Leitbildprozess „Mannheim 2030“ nahezu abgeschlossen; die bisherigen Ergebnisse werden in der Ausstellung auf Ebene 2 präsentiert.

Das Leitbild soll beschreiben, wie die Stadt sein soll, in der wir 2030 leben wollen. Und dieses Mannheim des Jahres 2030 kann nur ein positives Bild sein, wenn wir ökologischer, sozialer, wirtschaftlich stabiler handeln und weniger auf Kosten anderer leben. Die globalen Nachhaltigkeitsziele in diesem Leitbild zu berücksichtigen, heißt, sich die Frage zu stellen, ob sich das, was wir anstreben und tun, auch für unsere Nachkommen noch als sinnvoll und richtig erweisen kann. An dieser Diskussion haben sich Hunderte beteiligt, 1.500 Vorschläge zum Leitbild sind gemacht worden. Es soll uns dabei helfen, in unserem Alltag bessere Entscheidungen zu treffen.

Die Arbeit wird mit dem Beschluss des Leitbilds nicht getan sein, sondern beginnen, nämlich diese Vision bekannt zu machen und zu erklären.

Die Idee eines solchen Leitbilds – wie die Idee aller internationalen Abkommen – basiert auf einer Vorstellung: Nämlich, dass es jenseits von politischen Unterschieden möglich sein muss, gemeinsame Ziele zu beschreiben.

Auch diese Idee wird bekämpft mit der Parole, dass es keine Fakten gibt, sondern nur Meinungen.

Gemeinsame Ziele sind aber zwingend, weil wir beispielsweise die Erkenntnisse der überwältigenden Mehrheit der Wissenschaft, dass der derzeitige CO₂-Ausstoß unsere Welt bedroht, nicht als Lüge abtun können. Allein die Möglichkeit, dass diese Warnungen ernst zu nehmen sind, verlangt es, zu handeln. Nicht zu handeln bedeutet, die eigene Bequemlichkeit, an unserem Leben und unserer Art zu produzieren und zu konsumieren nichts ändern zu müssen, höher zu gewichten als die Gefahr, unseren Planeten irreversibel zu schädigen.

Der Handlungsdruck, das Gewicht und die Radikalität der Maßnahmen und das politische Risiko, dass notwendiges Handeln in Demokratien nicht mehr durchgesetzt werden kann, steigen, je länger wir zuwarten und je weniger die Politik insgesamt, das heißt auch in den sozialen und wirtschaftlichen Dimensionen nachhaltig ist. Die französischen Gelbwesten sind dafür ein Warnsignal. Ökologisches Handeln tut not. Wer jedoch im Wesentlichen nur die Dimensionen Wirtschaft und Ökologie anspricht, die soziale Dimension vernachlässigt, gefährdet sogar den Gedanken nachhaltiger Politik.

Was wir in den letzten Jahren zunehmend erfahren haben, ist, dass isolierte Antworten auf einzelne Probleme nicht mehr erfolgreich sind. In den Städten, in den Kommunen erleben wir das schon lange.

Dort wo beispielsweise die Herausforderungen in einer Stadt am Größten sind, braucht es eine umfassende Politik, die oftmals nicht nur über die Zuständigkeiten eines Fachbereichs oder Dezernats, sondern sogar der Stadt selbst hinausgeht. So haben wir auf Basis unserer Erfahrungen noch einmal die Anstrengungen für ein integriertes Vorgehen für die Neckarstadt-West und den Jungbusch durch ein Programm „Lokale Stadterneuerung“ verstärkt. Es geht dabei in einem neuen, ganz anderen Maß um Schnelligkeit, Sichtbarkeit und Vollständigkeit, als wir das bisher leisteten und leisten konnten. Unterbindung von Ausbeutung auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt, Stärkung und Ausbau der Schulen und Kindertagesstätten, Sportangebote, Aufwertung des öffentlichen Raums, Stärkung von Nachbarschaftshilfen, Kulturprojekte, Beratungsangebote, Kriminalitätsbekämpfung und Durchsetzung von Verhaltensregeln, Verkehrsüberwachung, Verbesserung der Sauberkeit, Kauf und Sanierung von Immobilien, und so weiter. Alles – und alles zugleich – ist gefragt. Die Ressourcen für solche Stadtviertel sind oft zu gering und die Zusammenarbeit zwischen den Behörden nicht konsequent genug, weil nicht alle die gleichen Prioritäten haben. Dabei sind es diese Stadtviertel, die weithin ausstrahlen, oft negativ betrachtet werden und in denen die Entscheidungen fallen, ob die Idee der europäischen Stadt als Stadt der Vielfalt

und des Zusammenhalts im Zeitalter von Globalisierung und Migration noch eine politische Zustimmung hat.

Wir haben aus Mannheim heraus begonnen, dies zum Thema zu machen. Dies ist ein Beispiel dafür, wieso Kommunen immer mehr als entscheidende Akteure weit über ihren lokalen Wirkungskreis hinaus wahrgenommen werden. Sie verspüren eine andere Form von Dringlichkeit und unmittelbarer Verantwortung gegenüber ihren Einwohnern. Alle großen globalen Herausforderungen sind dort besonders wahrnehmbar und müssen dort auch – oft auf dem Wege des Versuchs - beantwortet werden: Mobilität, Klimawandel, Digitalisierung, Migration, Beschleunigung von Innovation, Abbau von Armut, Bekämpfung der Radikalisierung und so weiter.

Sowohl die Vereinten Nationen wie die Europäische Union und zum Teil auch nationale Regierungen suchen mehr und mehr die Städte als Kooperationspartner, weil sie sich schnellere Lösungen und konkretes Handeln erhoffen. Unser Leitbild ist deshalb etwas, was nicht nur für uns in Mannheim Bedeutung hat. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit hat unseren Mannheimer Prozess finanziert, die UN Habitat, also die UN Organisation, die sich mit der Entwicklung der menschlichen Siedlung und den Städten befasst, beobachtet und begleitet unseren Prozess.

Die Untergeneralsekretärin der Vereinten Nationen und Exekutivdirektorin von UN Habitat Maimunah Mohd Sharif hat uns deshalb eine Grußbotschaft zu unserem Neujahrsempfang geschickt, die wir ihnen nicht vorenthalten wollen.

Wir zeigen einen Ausschnitt. Das ganze Grußwort können sie auf Ebene 2 sehen.

(Es folgt das Grußwort von Maimunah Mohd Sharif)

Maimunah Mohd Sharif hat es am Ende angesprochen: Bedeutsam wird der Prozess durch die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern und der Wirtschaft. 2019 wird es deshalb darum gehen, konkret und über die Stadtverwaltung hinausgehend zu handeln. Das

Bündnis für Zusammenleben in Vielfalt und die Klimaschutz-Allianz sind Beispiele für ein solch neues, abgestimmtes Zusammenwirken von vielen Akteuren und der Stadtverwaltung.

Wenn wir nun unsere lokale Entwicklung betrachten, dann können wir von einem außergewöhnlich erfolgreichen Jahr und einem positiven Ausblick auf die Zukunft sprechen. „Die Stadt im Wandel“ stellt uns vor Herausforderungen, aber die wirtschaftliche Dynamik ermöglicht uns auch, Themen schnell und entschieden anzugehen, die uns zu anderer Zeit lange blockiert hätten.

Meilensteine werden erreicht und Weichenstellungen in ganz ungewöhnlicher Zahl vorgenommen, die nicht einmal ansatzweise alle hier erwähnt werden können.

Die laufenden Projekte bauen auf den Traditionen und Qualitäten der Stadt auf und setzen fort, was bereits in den letzten Jahren gelungen ist. Zwei neue Reiseführer, Merian und Dumont, die in den letzten Wochen erschienen sind, dokumentieren diese Entwicklung in eindrucksvoller Weise und zeigen Mannheim so, wie sich das viele schon lange wünschten und wie es die Stadt insgesamt und ihre Bürgerinnen und Bürger verdient haben. Ein herzliches Dankeschön dafür allen Beteiligten.

Die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt hat sich weiter verbessert. Für die nächsten vier Jahre sind fast 700 Millionen Euro im Investitionshaushalt vorgesehen – ohne Neuverschuldung.

Diese Finanzkraft ist strukturell nur zu erhalten, wenn wir weiter daran arbeiten, dass sich unsere wirtschaftliche Basis verbreitert, die soziale Integration besser gelingt und wir weiter versuchen, effizienter zu werden und auch Leistungen hinterfragen.

Für alle Bewohnerinnen und Bewohner Heimat zu sein und den Zusammenhalt zu bewahren, stand weiter im Zentrum aller Bemühungen.

Die Stadt wächst und die Mieten steigen. Darauf mussten wir reagieren. Die einmalige Chance, die ehemaligen Militärf Flächen für Wohnungsbau zu nutzen, haben wir früh und entschieden ergriffen. Damit der Neubau nicht zusätzlich preistreibend wirkt und um das Angebot zu erweitern, müssen wir auch preiswerten Wohnraum schaffen. In Seckenheim-Hammonds wollen wir über die GBG auch selbst investieren, auf Spinelli ebenso die 30 Prozent-Quote für preisgünstiges Wohnen erreichen, auf FRANKLIN sind bereits einige Hundert preisgünstige Wohnungen im Bau.

In den nächsten Wochen schreiben wir die städtische Immobilie Collini-Center aus. Auch auf der Schafweide gegenüber wird Wohnungsbau eine bedeutende Rolle spielen. In der Stadtentwicklung setzen wir auf die Innenentwicklung und schützen die Außenbereiche; dies bedeutet zwangsläufig, maßvolle Verdichtung zu akzeptieren.

Soziale Integration und Teilhabe entscheiden sich früh. Der stetige Ausbau der Kinderbetreuung und der Frühförderung prägt auch die nächsten Jahre. Die Gebührenfreiheit für den Regelkindergarten setzt ein positives Zeichen an alle Eltern - auch wenn wir hier als Verwaltung andere Schwerpunkte gesetzt hätten.

Noch einmal gewachsen ist das Sanierungsprogramm für Schulen, das mit 124 Millionen Euro für die nächsten vier Jahre einen neuen Höchststand erreicht. Und auch wenn wir die Jugendarbeitslosigkeit seit vielen Jahren unter ein Prozent halten können, verstärken wir die Bemühungen, allen Jugendlichen einen noch besseren und passgenauen Übergang in das Berufsleben zu ermöglichen. Seit einem Jahr arbeitet daran die Jugendberufsallianz aus Schulamt, Regierungspräsidium, JobCenter, Arbeitsagentur und Stadt Mannheim.

Die im letzten Jahr benannten wirtschaftlichen Erfolgsziffern haben sich noch einmal verbessert: Die Arbeitslosenquote ist gegenüber anderen Städten in Baden-Württemberg überdurchschnittlich gesunken und liegt aktuell mit 4,6 Prozent auf dem niedrigsten Stand seit Jahrzehnten. Da die Zahl der Menschen, die Unterstützungsleistungen brauchen, je-

doch nicht zurückgeht und dabei vielen der Lohn durch – von ihnen nicht gewollte – Teilzeitarbeit nicht zum Leben reicht, stocken wir als Arbeitgeber gezielt Arbeit auf. Denn das ist sozial und gesellschaftspolitisch kein Zustand, den wir hinnehmen dürfen. Vielleicht werden wir auch hier „Modellstadt“. Gespräche mit dem Bund darüber führen wir.

Die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist auf einem Rekordhoch mit über 188.500 Arbeitsplätzen. Es wird weiter investiert. Auch wenn Krisen bei einzelnen Unternehmen uns und die Mitarbeiterschaft treffen, haben diese bislang die allgemein positive Entwicklung nicht eingetrübt. Sie ist geprägt von einem neuen Rekordwert bei der Zufriedenheit der Unternehmen mit dem Standort Mannheim und großen Investitionen. Auch die Fertigstellung großer Bauvorhaben im Keplerquartier und im Glückstein-Quartier hat viel mit der Nachfrage von Unternehmen zu tun und wird dem gesamten Bereich um den Hauptbahnhof ein neues Gesicht geben.

Die Erweiterungsabsichten der Universität Mannheim und der Neubau am ZI entsprechen unseren Interessen, Mannheim als Wissenschafts- und Forschungsstandort zu stärken und damit zukunftssicherer zu machen.

Konsequent und aus demselben Grund verfolgen wir die im letzten Jahr sehr deutlich gewordene Profilierung Mannheims als Start-up- und Gründerstadt. Mit dem EU-Projekt SHARITY soll die Sharing Economy - das heißt Geschäftsmodelle des Teilens, Tauschens, Vermietens oder gemeinsamen Nutzens - gestärkt und speziell sollen auch geringverdienende Bevölkerungsgruppen an die lokalen Angebote herangeführt werden.

Auf dem Medizintechnik-Campus feierten wir ein erstes Richtfest. Die L-Bank investiert hier rund 40 Millionen Euro, die Stadt Mannheim mit EU-Mitteln über 20 Millionen Euro in ein Entwicklungszentrum, das ebenfalls bereits im Bau ist. Eine neue Erprobungsplattform für digitale Gesundheitsunternehmen wird ab 2019 Unternehmen, Forschungseinrichtungen, Gesundheitsversorger und Experten systematisch zusammenführen. 2019 beginnen wir

damit, unser erfolgreiches und größtes Gründerzentrum MAFINEX zu erweitern. Dort starten wir auch ein Gründungszentrum Umwelt und Energietechnologien.

Die sogenannte Kreativ-Wirtschaft hat Mannheim in den letzten Jahren geprägt und sich zu einer Visitenkarte entwickelt. Der Nachtbürgermeister, den Sie alle ja jetzt schon persönlich erlebt haben, wird als Schnittstelle zwischen Besuchern, Anwohnern, Betreibern von Klubs, Kneipen und Bars sowie der Stadtverwaltung erkennbar positive Effekte für die lokale Kultur-, Kreativ- und Veranstaltungswirtschaft haben.

Immer enger mit diesen Themen verknüpft ist der Einzelhandel. Seine Zukunft bestimmen nicht wir, aber wir tun, was wir können, denn der Einzelhandel ist weit mehr als ein Wirtschaftsfaktor, er ist – wo er nicht eine Ansammlung der immer-gleichen Ketten ist - eine Quelle von Identität, ein Anlass für Begegnung und eine wichtige soziale Funktion der Nahversorgung. Investiert haben wir nicht nur erfolgreich in die Planken, investiert wurde und wird auch in den Meeräckerplatz auf dem Lindenhof, den Schönauer Lena-Maurer-Platz, das Zentrum Käfertal und den Marktplatz Rheinau.

Das letzte Jahr war auch geprägt von Debatten über saubere Luft in den Städten und die Frage, wie wir Verkehre mit weniger Emissionen bewältigen. Städte arbeiten daran schon lange, weil hier keine kurzfristigen Antworten möglich sind und weil es um mehr geht als um weniger Emissionen. Selbst wenn wir alle Fahrzeuge elektrifizieren würden, hätten wir die Verkehrsprobleme ja nicht gelöst. Steigende Verkehrszahlen bewältigen wir nur mit mehr öffentlichen Verkehrsmitteln, mehr Fußgänger- und mehr Fahrradverkehr und neuen Liefer- und Logistik-Konzepten. Und dies brauchen wir auch, wenn wir unsere Städte zu lebenswerteren Orten machen wollen: Die letzten Jahrzehnte haben insbesondere für Kinder, alte Menschen und Menschen mit Einschränkungen den öffentlichen Raum weniger attraktiv gemacht. Zu vieles haben wir dem Verkehr untergeordnet. Neue Stadtbahnlinien, ein besseres Fahrradwegenetz, breitere Fußwege bauen sich aber nicht über Nacht und sind Prozesse über Jahre und Jahrzehnte. Über Nacht und nicht zuletzt auf Druck der EU

hat nun aber die Bundesregierung das Thema entdeckt. Mannheim ist Teil von gleich drei verschiedenen Modellstadtprojekten, die uns natürlich bei allen Problemen, die sich damit verbinden, auch die Chance geben, neues auszuprobieren oder zu beschleunigen. Seit dieser Woche konnten wir mit Hilfe des Bundes und einem Zuschuss von circa 28 Millionen Euro unter anderem Fahrpreise für den Öffentlichen Nahverkehr senken, um herauszufinden, ob damit die Nutzung des ÖPNV gesteigert werden kann. Nutzen Sie also Bus und Bahn – selten konnten Sie so einfach Bundespolitik direkt beeinflussen.

Unverzichtbar und entscheidender bleibt die Realisierung des neuen Nahverkehrsplans, den wir im Dezember beschlossen haben – unter anderem mit einer neuen Stadtbahnlinie und Investitionen von 140 Millionen Euro.

Verkehrsthemen werden uns 2019 besonders beschäftigen: der Neubau einer Güterverkehrs- und ICE-Strecke und der Erhalt funktionierender Ost-West-Verbindungen wie der Hochstraßen in Ludwigshafen. Hier sind wir nicht diejenigen, die die Entscheidungen treffen, sondern unsere Aufgabe besteht darin, unsere Interessen zu wahren. Im Schienenverkehr erwarten wir eine Verkehrsanbindung, die der Bedeutung Mannheims gerecht wird und mit Blick auf den Bahnlärm für die Bevölkerung und städtebaulich zumutbar ist. Eines müsste der Gesetzgeber gelernt haben: Wenn die Wirtschaftlichkeitsberechnungen für Verkehrsinfrastruktur nicht ausreichend den Schutz der Menschen berücksichtigen, wird die für den Industriestandort Deutschland erforderliche Infrastruktur nicht mehr mehrheitsfähig sein!

In den nächsten Wochen werden wir eine Digitalisierungsstrategie der Stadt veröffentlichen. Dabei geht es natürlich um neue digitale Angebote der Stadt, um Beschleunigung und Vereinfachung, um Förderung unserer Wirtschaft, aber es geht auch darum, welche Rolle und Verantwortung wir übernehmen, um einerseits mit kommunalen Daten eine politische Debatte zu ermöglichen und zu befördern, andererseits die Daten der Bürger zu schützen und zu verhindern, dass sie in nicht durchschaubarer Weise verarbeitet werden.

Hier werden wir lernen müssen, die Grenze richtig zu ziehen. Und natürlich wird es dabei Debatten geben. Die Videoüberwachung, die wir vor wenigen Wochen gestartet haben, setzt Datenverarbeitungstechniken ein, die die Bilder bewerten. Nun kann man dies generell als Eingriff empfinden. Nach unserer Auffassung sorgt die Datenverarbeitung hier für das Gegenteil: Sie reduziert die Videoüberwachung auf die Ereignisse, die potentiell nach ihren Bewegungsmustern eine Gefahr darstellen. Gespeichert werden an den vier überwachten Räumen in der Stadt lediglich 48 Stunden, so dass aus unserer Sicht der Eingriff, der mit jeder Videoüberwachung verbunden ist, gut vertretbar ist. Wir rechnen damit, dass wir mit der Videoüberwachung - wie schon einmal - deutliche Erfolge erzielen können.

Vertrauen in den Staat setzt voraus, dass dieser erkennbar handlungsfähig ist. Dass ist bei neuen Herausforderungen nicht immer einfach, Reaktionszeiten sind oftmals zu lang. Vor einem Jahr musste ich hier ankündigen, dass wir „2018 nicht nachgeben (werden), um eine wirklich wirksame Reaktion von Justiz oder Jugendhilfe auf die ständigen Regelverstöße und Diebstähle einer kleinen Gruppe von minderjährigen Flüchtlingen möglich zu machen.“ Eine solche, erfolgreiche Reaktion hat es gegeben. Ich danke hier allen Beteiligten, besonders unserer Polizei. Voraussetzung für den Erfolg war auch hier, dass unterschiedliche Behörden ein Ziel gemeinsam verfolgen, den besten Weg gemeinsam analysieren und jede für ihren Teil Verantwortung übernimmt. Unsere Anstrengungen zur Durchsetzung von Regeln im öffentlichen Raum werden wir weiter verstärken. Sie sind eine wichtige Voraussetzung für ein gedeihliches Zusammenleben. Und insbesondere werden wir alle Register ziehen, um klar zu machen, dass denjenigen, die helfen oder für uns alle Regeln durchsetzen müssen, mit Respekt zu begegnen ist.

2019 bringt im Bereich der Rettungsdienste eine Änderung mit sich. Nach jahrelangen Diskussionen gibt es einen eigenen Rettungsdienstbereich Mannheim, für den die Stadt Mannheim die Rechtsaufsicht übernimmt. Der Gemeinderat hat der Gründung einer Integrierten Leitstelle Mannheim zugestimmt. Am 16. Januar tagt zum ersten Mal der neue Bereichsausschuss.

Neu organisieren wir auch die Pflege des öffentlichen Raums. Um bessere Ergebnisse zu erzielen, werden wir bis zum 1.1.2020 einen gemeinsamen und mit circa 1.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern größten Eigenbetrieb der Stadt bilden, in dem die Stadtreinigung, Abfallwirtschaft, Grüngestaltung und Grünpflege und der Straßenunterhalt zusammengefasst werden.

Auf veränderte Anforderungen müssen wir uns auch mit Blick auf den Klimawandel einstellen. 2019 werden wir ein Konzept zur Klimafolgenanpassung vorlegen, um negative Folgen wie große Hitze und Starkregen besser bewältigen zu können. Das Konzept erweitert die bisherigen Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung und zum Klimaschutz.

Seit 2018 haben wir für mehr Grün in der Innenstadt und den angrenzenden Stadtteilen die Begrünung bei baulichen Veränderungen vorgeschrieben und gefördert. Neu eingeführt wird eine Alternativenprüfung im Vorfeld von Baumaßnahmen zum Schutz von Bäumen.

Dass Ziele der Klimafolgenanpassung sich womöglich hart im Raum stoßen können, erleben wir derzeit in der Frage des Hochwasserschutzes. Die Planungen des Landes zum Rheindamm werden wir mit eigenen Gutachten begleiten. Alle Eingriffe sind im Einzelnen und mit der größtmöglichen Sicherheit zu prüfen, ob sie wirklich unabweisbar sind, ansonsten sind sie nicht zu vertreten.

Ein Beitrag zur Klimafolgenanpassung ist die Bundesgartenschau, mit deren Hilfe der Grünzug auf Spinelli entwickelt wird. Der weitere Rückbau der Hallen wird durch den Bund im Frühjahr beginnen und im Herbst pflanzen wir die ersten Bäume für die BUGA in den Parkschalen Käfertals. Bis zum 31.12.2019 wird Spinelli geräumt sein.

Für den Luisenpark und Herzogenriedpark werden die Planungen 2019 weitgehend abgeschlossen. Die innerstädtischen Grünanlagen: Lameygarten, Lauersche Gärten und Scipio Garten werden im Jahr 2019 attraktiver gestaltet. Wir wollen dies in den kommenden Jah-

ren mit ausgewählten Parkanlagen fortsetzen und dabei auch die Versorgung mit Bewässerungsanlagen sicherstellen, damit sie auch in trockenen Sommern, wie wir ihn jetzt erlebt haben, ihre Funktion für die Besucherinnen und Besucher erfüllen können.

Planungen werden auch für die Bäder das Jahr prägen. Für das Kombibad Herzogenried wird ein Architektenwettbewerb durchgeführt und anschließend mit der Umsetzung begonnen. Beim Herschelbad soll 2019 der Durchbruch erfolgen und eine Nutzungskonzeption für die Zukunft des Gebäudes verabschiedet werden.

Vor einem Jahr war noch unklar, wie wir das größte einzelne Investitionsprojekt der Stadt – die Sanierung unseres Theaters - angehen können. Dennoch hatten wir eine Entwurfsplanung beauftragt, die für Anträge an Bund und Land verwendet werden konnte. Ohne klaren politischen Willen und Vorbereitung wäre die außerordentliche Unterstützung, die wir erhalten haben, nicht erreichbar gewesen. Im Dezember konnten wir nun die Investitionen für die Sanierung, ein neues Zentrallager und den Ausbau des Probenzentrums in einer Größenordnung von 240 Millionen Euro beschließen, wovon Mannheim die Hälfte trägt. Durch die Hilfe von Bund und Land ist es möglich, dieses Projekt zu realisieren. Für die lange Zeit der Sanierung selbst, manche Zusatzwünsche wie für die Akzeptanz, die ein solch großes Projekt braucht, benötigen wir die Unterstützung des Publikums wie der Freunde und Stifter des Hauses.

Der Erhalt des Nationaltheaters Mannheim ist aber weit mehr als ein Bauprojekt. Das Nationaltheater steht in herausragender Weise für die Kultur-Geschichte der Stadt – als Institution und als Gebäude. Die deutsche Nationaltheater-Idee ist entstanden aus der Vorstellung, das Theater könnte als Klammer und Begründung von Demokratie und Nation dienen. Daraus ist eine weltweit einmalige Theaterlandschaft entstanden, die als immaterielles Welterbe einzustufen ist. Dürfen und sollen wir erwarten, dass eine sich so wandelnde Stadtgesellschaft sich damit weiter identifiziert? Ja, das sollten wir. Wir würden sonst eine großartige Möglichkeit, Heimat zu gestalten, verlieren. Was sollte geeigneter sein als eine

der ältesten Institutionen, zu der sich immer neu ausbildenden Identität unserer Stadt beizutragen? Natürlich muss sich dabei auch die Institution wandeln. Aber dies wird geschehen, weil Theater sein Publikum immer neu gewinnen und auch formen muss, wie es dies seit 240 Jahren in Mannheim tut.

Wiederentdeckt haben wir die Multihalle – einen Ort, der für den Optimismus der 70er Jahre stand, seine Funktionen in den letzten drei Jahrzehnten verloren hat, aber konstruktiv immer noch ein Meisterwerk und von neuer Aktualität ist. Sie kann saniert werden, wenn sich – wie erhofft und von uns durch viele Gespräche vorbereitet – der Bund mit einem Großteil der Sanierungskosten beteiligt. Auf jeden Fall wird 2019 die Multihalle intensiv genutzt wie seit Jahrzehnten nicht. Sie sind herzlich eingeladen, sie vielleicht auch persönlich wieder oder neu zu entdecken.

Kultur als Treiber von Stadtentwicklung, Begegnung und Orientierung ist ein wesentliches Merkmal unserer Stadt und selten war dies so direkt erfahrbar wie im letzten Jahr. Nach dreijähriger Bauzeit wurde im Juni die „Wiedereröffnung der Kunsthalle“ mit 32.000 Besucherinnen und Besucher gefeiert. Die aktuellen Besucherzahlen von 130.000 Eintritten übertreffen deutlich die Erwartungen. Die Erweiterung begründet die Institution im Geist der Tradition ihrer Gründerväter geradezu neu. Ermöglicht hat uns dies die selbstlose Stiftung von 50 Millionen Euro durch Hans-Werner und Josephine Hector, woran nochmals dankbar erinnert sei. Dass wir 2019 hier vor einem Wechsel in der Leitung stehen und uns Frau Dr. Lorenz verlässt, ist ein eher natürliches Resultat des Erfolgs ihrer zehnjährigen Arbeit und sollte auch so begriffen werden.

Die Resonanz auf die Einweihung des im Zeit- und Kostenrahmen erstellten Marchivums war ähnlich enthusiastisch und positiv. 13.000 Besucherinnen und Besucher kamen zum ersten Tag der offenen Tür. Die Aufgaben des Marchivums – die Ausbildung von Identität und Heimat und die Annahme der Geschichte und der besonderen Verantwortung durch alle, die in unserem Land aufwachsen und leben – sind hochaktuell. Die Vorbereitung der

neuen Präsentation der Stadtgeschichte und des NS-Dokumentationszentrums wird nach derzeitiger Planung noch das ganze Jahr in Anspruch nehmen. Ans Herz legen will ich Ihnen schon einmal ab März 2019 eine Ausstellung über die Bundesgartenschau 1975 und ihre Wirkung auf die Stadt.

2019 wird auch der Wettbewerb zum Neubau der Bibliothek auf N2 durchgeführt. Gerade im Zeitalter der Digitalisierung ist ein Ort der Begegnung und Anleitung von größter Bedeutung, und wie in vielen anderen europäischen Städten kann der Neubau der Bibliothek, – und damit der größten überwiegend von Kindern und Jugendlichen besuchten Einrichtung unserer Stadt – ein neues bürgerschaftliches Zentrum werden.

Mit dem Cinema Quadrat weihen wir in den nächsten Wochen den neuen Standort einer traditionsreichen Mannheimer Institution ein, während hier im Haus mit dem Jazz-Club „Ella & Louis“ hoffentlich eine neue Tradition begründet worden ist.

Wenn wir uns fragen, ob all diese lokalen, überwiegend positiven Entwicklungen unser Lebensgefühl überwiegend bestimmen, dann fällt die Antwort schwer. Eine Verunsicherung hat sich breit gemacht. Eine Verunsicherung, die verstärkt wird durch aufkeimenden Nationalismus und eine unkalkulierbarere internationale Politik.

Es ist eine Verunsicherung, ob wir uns auf dem richtigen Weg befinden, ob die Antworten, die Regierungen, Parlamente und Wirtschaft geben, noch überzeugen.

Das verbreitete Gefühl, dass die Globalisierung nicht allen nutzt, hat seine Berechtigung. Erhebliche Teile der Bevölkerung in allen westlichen Ländern haben in den letzten 20 Jahren am Wohlstandswachstum nicht oder bei weitem nicht in dem Maß teilgenommen, wie insgesamt der Wohlstand gestiegen ist. Weder das deutsche Konzept des Wohlstands für alle, noch das amerikanische „jeder kann den Aufstieg schaffen“ sind derzeit gültige Versprechen.

Der Klimawandel ist eine Existenzbedrohung, die – weil sie über Jahrzehnte wirkt – nicht entschieden genug angegangen wird und deren Gegenmaßnahmen unseren kurzfristigen Interessen zuwider laufen, die also wie kaum ein anderes Thema Vertrauen und Führungsstärke verlangen. Das gleiche gilt für die nach wie vor weltweit bedrohlich ungleiche Wohlstandsentwicklung trotz Reduktion der Armut und die nicht zuletzt dadurch ausgelösten Migrationsbewegungen.

Die offene Gesellschaft wird herausgefordert, weil sie nicht mehr exklusiv für wirtschaftlichen Erfolg steht. Andere Systeme ermöglichen ebenso wirtschaftlichen Wohlstand und Reisefreiheit.

Die freiwillig eingeräumte oder erzwungene Durchleuchtung des Menschen, seiner Wünsche und seines Verhaltens beunruhigt. Gibt es einen dritten Weg zwischen den sich anbahnenden digitalen, kybernetischen Diktaturen Ostasiens und dem Manipulationspotential von Facebook und Google?

In Finanzwirtschaft oder Automobilindustrie haben Menschen die Erfahrung gemacht, dass ethische Grundsätze und die überall verbal hochgehaltenen Prinzipien der Nachhaltigkeit in der Praxis keine Rolle spielten.

Die Finanzmärkte und Finanzinvestoren verfolgen ihre eigene Logik, die der Realwirtschaft dienende Funktion ist ein Nebenaspekt geworden. In Mannheim mussten und müssen wir erleben, dass Unternehmen nach ihren, auf kurzfristige Ergebnisse orientierten Strategien, umgebaut werden. Die Politik erscheint hier nicht mehr als relevanter Akteur.

Neue digitale Geschäftsmodelle verändern die Welt: Die Tatsache, dass der größte Zim-meranbieter keine Hotels besitzt, das größte Taxi-Unternehmen keine Taxis, das größte Medienunternehmen keine Inhalte produziert, wird mit Begeisterung und über Jahre ohne kritische Reflexion zitiert. Erst langsam beginnen Diskussionen über die Schattenseiten der Entwicklung und darüber, ob hier Regulatorik nötig ist und ob diese Unternehmen an einem

realen Ort auch staatsbürgerliche Verantwortung übernehmen und zumindest Steuern zahlen. Dennoch: Disruption, das heißt die Zerstörung bisheriger Geschäftsmodelle ist ein positiv besetzter Begriff geworden.

Er hat auch die Politik erreicht. Wie im Geschäftsleben wird nun disruptive Politik betrieben, die nur irrational erscheint, die aber auf den eigenen Erfolg und die Schwächung beziehungsweise Zerstörung von Institutionen angelegt ist. Jemand wie der Brexit-Befürworter Nigel Farage „stiehlt sich nicht aus der Verantwortung“, er wollte Verantwortung in Institutionen nie übernehmen.

Auch in der Wirtschaft scheint es einige zu geben, denen die Zukunft der Demokratie nur ein Kalkulationsfaktor ist. Das meint jedenfalls Norbert Frei, der in der Süddeutschen Zeitung beschrieb, wie selbstverständlich die politische Disruption in Anlagekonzepte und Anlegerempfehlungen eingepreist sei. Der „Abschied von der klassischen Demokratie“ gilt als neuer Megatrend, auf den sich der Anleger einzustellen habe und wofür der Portfoliobetreuer schon eine das Vermögen sichernde Lösung finden werde.

Es ist also kein Wunder, dass wir in nervösen Zeiten leben. Bei den meisten dieser Fragen ist zudem der Eindruck entstanden, dass traditionell-demokratische Politik Teil des Problems ist, oder den neuen Fragen überfordert gegenübersteht. Das zu benennen, heißt sie zu verändern, nicht, sie abzuschaffen.

Für all die großen Fragen ist der Nationalstaat nicht die Einheit, die Antworten geben kann. Was wir als Verlust von Steuerungsfähigkeit der Politik erleben, ist tatsächlich das Ende der Möglichkeiten nationaler Politik. Selbst eine Volkswirtschaft wie Deutschland ist allein nicht in der Lage, Google gegenüberzutreten, die Entwicklung Afrikas positiv zu beeinflussen und Fluchtursachen wirkungsvoll zu bekämpfen, die Finanzmärkte zu regulieren und den Klimawandel zu stoppen.

Der Nationalismus mit seiner absichtsvollen Verneinung einer multi-lateralen Politik der Verständigung ist nicht nur keine Antwort, er ist die Zuspitzung des Problems.

Die Institution, die weltweit den Nationalisten von Trump bis Putin ein Dorn im Auge ist, ist die Europäische Union. Schon das sollte uns als Europäer motivieren, sie zu schützen und zu bewahren.

Die Institutionen der Europäischen Union sind weit besser als sie in der Öffentlichkeit dargestellt werden. Sie haben im europäischen Schnitt ein höheres Vertrauen als nationale Regierungen. Ihr Bild wird vor allem geprägt von den nächtelangen Krisensitzungen – aber das ist nicht Europa, das ist die Versammlung der nationalen Regierungen. Die originär europäischen Institutionen arbeiten, durchaus erfolgreich: Der EuGH, die Kommission, insbesondere wo sie eigene Zuständigkeit wie bei Fragen des Wettbewerbs hat, das europäische Parlament.

Über die Datenschutzgrundverordnung reden wir allein als Belastung, sie ist aber der erste Antritt, großen internationalen Konzernen in Sachen Datenschutz tatsächlich wirksam zu begegnen. Auch stehen Steuerschlupflöcher und Besteuerung des Handels und der Dienstleistungen im Internet auf der Agenda der EU. Tatsächlich werden dort die Fragen, die uns bewegen, behandelt- und zwar durchaus kompetent und dies ist für mich seit diesem Jahr als Mitglied des Ausschusses der Regionen bei der EU eine direkte persönliche Erfahrung. Das deutlicher zu machen ist dringend.

Entgegen dem breiten Gerede brauchen wir nicht weniger Europa, sondern ein Europa, das den direkten Kontakt zur kommunalen Ebene und zu den Bürgern sucht und seinen demokratischen eigenen Institutionen mehr Gewicht einräumt.

Das historisch einmalig erfolgreiche Projekt Europa zu stärken, das haben wir alle am 26. Mai mit in der Hand. Nutzen Sie diese Möglichkeit!

Am selben Tag sind sie als europäische Bürger und als Bürgerinnen und Bürger Ihrer Kommune aufgerufen, die Zukunft mitzugestalten. Das ist von großer Symbolik. Der Tag verbindet die beiden demokratischen politischen Ebenen, die entscheidend für eine positive Gestaltung unserer Lebenswelt sein werden: die Kommune und Europa.

Dabei wird entscheidend sein, dass Menschen in die Gremien gewählt werden, die die Institutionen achten und tatsächlich gestalten wollen. Und wichtig ist, dass die Gewählten auch ein breites Mandat haben. In diesem Sinn bitte ich Sie, von Ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen!

Die Zukunft der Demokratie entscheidet sich jedoch nicht allein an Wahlen. Und die Zukunft der Demokratie und die Fähigkeit, vernünftig und respektvoll zusammenzuleben, sind von einander nicht zu trennen.

Eine positive Erfahrung des letzten Jahres will ich hier berichten: Im Rahmen der Leitbild-Diskussion haben zweimal einige Dutzend per Los eingeladene Bürgerinnen und Bürger miteinander diskutiert und Vorschläge erarbeitet. Menschen, die sich nicht kannten, aus unterschiedlichen Stadtteilen mit unterschiedlichen Biografien: einander zuhörend, Unterschiede aushaltend, konstruktiv. Das ist die Substanz der Demokratie!

Am 3. Oktober haben 9.000 Menschen ebenso ein eindrucksvolles Zeichen gesetzt, wofür ich den Initiatoren um Dekan Ralph Hartmann herzlich danke. Es war ein Zeichen für die Eckpfeiler unseres Grundgesetzes: Menschlichkeit, Demokratie und Rechtsstaat!

Am 23. Mai wird unser Grundgesetz 70 Jahre alt. Für uns Mannheimer ist dies ein besonderes Datum, war Carlo Schmid, einer der Väter des Grundgesetzes, doch 23 Jahre unser Abgeordneter. Seine Lebenserfahrungen - zwei Kriege, die mangelnde Wertschätzung der Weimarer Demokratie, die mangelnde Wehrhaftigkeit ihrer Institutionen, der Nationalismus und der Triumph des völkischen Denkens und der erlebte Absturz in die totalitäre Katastrophe — prägten sein politisches Wirken und das Grundgesetz. Die Gewährleistung der

Würde des Einzelnen, die Fähigkeit zum Kompromiss, stabile Institutionen, die Bewahrung der Rechtsstaatlichkeit und ein vereintes Europa sind Eckpfeiler, die sein Denken beschreiben.

Erstmals wird in diesem Jahr eine Woche des Grundgesetzes in unserer Stadt stattfinden. Was dabei begeistert, ist, dass sich ganz unterschiedliche Initiativen aus unserer Stadt dazu zusammenfinden. So haben Schülerinnen und Schüler der Friedrich-List-Schule ein Projekt mit dem Titel „Danke Grundgesetz“ entwickelt, in dem sie ihre persönlichen Gedanken und ihre Dankbarkeit formulieren und die bewusst den Vergleich zu den Herkunftsländern ihrer Familien ziehen und ihre Mannheimer Erfahrungen zum Ausgangspunkt nehmen.

Das ist ein ganz unmittelbares und praktisches Beispiel, was „Verfassungspatriotismus“ bedeuten kann, was aber auch lokale Identität bedeutet. Es ist die ganz praktische Verbindung der eigenen Biografie mit der Biografie des Landes und der Biografie der Stadt und der darin zum Ausdruck kommenden Haltung.

Am 3. Oktober habe ich den ersten Präsidenten der Tschechoslowakei Tomas Masaryk zitiert, der die Bedrängung der Demokratie in den 30er Jahren erlebte. Für ihn war Demokratie keine Institution. Er sagte „Demokratie ist eine Lebenshaltung. Sie erfordert den Glauben an die Menschen und die Menschheit.“

Lassen Sie mich ergänzen: Dieser Glaube entsteht und wird bewahrt vor Ort – durch tägliche Anstrengung von vielen.

Nehmen wir uns das zum Leitbild für 2019: „Wir Mannheimer glauben an die Menschen und die Menschheit.“